

DRINGLICHKEITSANTRÄGE

- 1) 1.) Die Erlassung einer ortspolizeilichen Verordnung zum Schutz von Denkmälern und Brunnenanlagen sowie
- 2.) Petition an das Land zur Erlassung einer landesgesetzlichen Ermächtigung zur Vollziehung durch die Polizeibehörden.
- 3.) Auftrag an Sozialstadträtin, zur Lösung des Problems wirksame Maßnahmen zu setzen.

GR. **Schönegger** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Schönegger**: Herr Bürgermeister, auch Herr Vizebürgermeister, werte Mitglieder der Stadtregierung von der KPÖ! Weil ja die Hoffnung bekanntlich zuletzt stirbt, werde ich diesen dringlichen Antrag jetzt trotzdem einbringen und bitte Sie nochmals inständig, darüber nachzudenken, ob es nicht doch sinnvoll wäre, wenigstens eine Maßnahme zu setzen.

Namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs stelle ich daher den

dringlichen Antrag,

der Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz wolle

1. eine ortspolizeiliche Verordnung gegen den eklatanten Alkoholmissbrauch im Bereich unserer Denkmäler und Brunnenanlagen erlassen und
2. eine Petition an das Land Steiermark richten, damit der Landesgesetzgeber die hierzu erforderliche Mitwirkung der Bundespolizei bei der Vollziehung dieser Verordnung ermöglicht bzw. sicherstellt sowie
3. die zuständige Sozialstadträtin beauftragen, zur Lösung des Problems wirksame Maßnahmen aus ihrem Ressort zu setzen.

Ich fordere Sie nochmals auf, im Sinne der Bürgerinnen und Bürger der Stadt Graz darüber nachzudenken, ob Sie diesem Antrag nicht doch folgen könnten, ansonsten

bei Ablehnung wünsche ich Ihnen viel Vergnügen beim Erklären, warum Sie das getan haben. Danke (*Applaus ÖVP*).

GR. **Herper** zur Dringlichkeit: Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen! Ich habe mich jetzt stundenlang zurückgehalten, um einfach den Argumenten weniger oder mehr zu folgen und es sind auch vernünftige Argumente darunter gewesen, warum wir gemeinsam etwas tun sollten und müssten. Und manchmal wundere ich mich schon, wenn immer so an die Gemeinsamkeit, Herr Bürgermeister, von deiner Seite aus, natürlich vorangestellt, du bist natürlich der Bürgermeister dieser Stadt, vorangestellt wird, dann frage ich mich, warum diese Gemeinsamkeit nicht möglich ist. Nach wie vor trotz aller Aufgabenkritik und Grundsatzbeschlüsse, siehe 11. Februar dieses Jahres, wird trotzdem noch es möglich sein, dass was Odi Pfeiffer, Joe Eder und viele andere über Monate und Jahre schon tun und vorgeschlagen haben und auch schon angegangen und begonnen wurde, wenn möglich gemeinsam und mit finanzieller Unterstützung umzusetzen, um das, was wir angesprochen haben, zu erreichen. Was mich aber sehr wundert, und deswegen bin ich jetzt wirklich sehr, sehr betroffen, dass du, Herr Bürgermeister, eine Unterschriftenaktion ankündigst und zwar zu Lasten einer Menschengruppe in dieser Stadt. Die ÖVP hat offensichtlich nach knapp eineinhalb Jahren ein Thema gefunden und ist bereit, nicht gemeinsam aber parteipolitisch, daraus Nutzen zu ziehen, indem sie, sollte heute dieser dringliche Antrag nicht die Mehrheit finden, eine Unterschriftenaktion starten will für diese polizeiliche Verordnung. Dies ist eine Aktion zu Lasten einer Minderheit, dies ist eine Hatz auf eine Minderheit, wenn sie so eingeleitet wird (*Applaus SPÖ*). Ich bin davon ausgegangen, dass es noch so etwas gibt wie den öffentlichen Gebrauch von Vernunft. Es gibt viele viele Gründe, warum bislang und du hast es auch begründet, Herr Bürgermeister, vom Landesgesetzgeber eine polizeiliche Verordnung nicht möglich gewesen ist, es gibt aber genauso viele Gründe, warum dein Vorschlag, den du heute ventiliert hast als Bürgermeister und den dein Klubmitglied Schönegger vorgetragen hat, viele, viele Rechtsfragen und vor allem inhaltliche Fragen aufwirft, die bedenkenswert sind und erst bedacht werden sollten, bevor ihr eine parteipolitische Aktion in dieser Stadt startet. Nämlich, wie umfassend, Maxie, kann die räumliche Schutzgrenze für

Denkmäler und Brunnenanlagen definiert werden, ohne dadurch Gastgärten, Imbissstände verweilende Grazerinnen und Grazer und Gäste der Landeshauptstadt in Mitleidenschaft zu ziehen. Inwieweit kann eine derartige Verordnung das Verweilen an besagten Orten unterbinden, wenn der Alkoholkonsum an anderer Stelle erfolgt. Wie viele Denkmäler und Brunnenanlagen gibt es im Bereich der Stadt Graz, für die eine derartige Verordnung im Hinblick auf das Verdrängungsprinzip erlassen werden könnte. Müssten nicht derartige Bereiche, und wenn ja, auf welche Art und Weise, speziell gekennzeichnet werden, um Gästen der Landeshauptstadt, die in Unkenntnis dieser Verordnung sind, vor einer Strafverfolgung zu bewahren. Gibt es bestehende Verordnung, ich verweise, Herr Bürgermeister, auch auf den Jugendschutz, die auf Grund seitens der Bundespolizeidirektion bei Alkoholmissbrauch beziehungsweise Belästigung von PassantInnen bereits jetzt eingegriffen werden könnte und wie kann der Vollzug einer derartigen Verordnung, wie von euch gefordert, sichergestellt werden beziehungsweise sieht sich die Polizeidirektion Graz in der Lage, angesichts des immer knapper werdenden Personalstandes, und Innenminister Strasser hat seine Zusagen nicht eingelöst, verweise ich drauf, überhaupt mitzuwirken an einer solchen Verordnung und ihrer Umsetzung. Deswegen halten wir die Problematik für dringlich, stimmen der Dringlichkeit zu, sie ist heute schon länger diskutiert worden, weil wir sie als notwendig sehen, um Ängste zu nehmen, Sorgen abzubauen und um gemeinsam Lösungsvorschläge zu erarbeiten. Lehnen aber aus diesen inhaltlichen und begründbaren rechtlich äußerst großen Bedenken inhaltlich den Dringlichen ab und zwar verweisen darauf, dass es ein Appell ist, Herr Bürgermeister, ein letzter Appell auch an den Koalitionspartner, an den Arbeitspartner ÖVP, nicht eine parteipolitische Aktion zu starten, die zu Lasten einer Minderheit geht und die zur Hatz aufruft gegen eine Minderheit, ohne dass sie sich wehren kann. Danke (*Applaus SPÖ*).

GRin. **Rücker**: Wir haben eh schon inhaltlich heute sehr lange diskutiert, wir werden auch aus den Gründen der Dringlichkeit zustimmen, aber nicht dem Antrag. Mir ist aber nur eines aufgefallen und das möchte ich jetzt hier auch anknüpfend an den Karl-Heinz Herper sagen: Was mir heute bewusst geworden ist und worauf wir uns in dieser Stadt gefasst machen müssen, wenn wir nicht rechtzeitig umdenken, ist, dass

wir in Zukunft womöglich öfters Diskussionen haben werden, wo eine Gruppe gegen die andere ausgespielt wird. Wenn das Geld knapp wird, wenn die Situation schärfer wird und dass das heute sehr erschreckend zu Tage getreten ist, wie schnell Mehrheitsrechte definiert werden gegenüber Minderheiten etc., also wie schnell das gehen kann, dass Gruppen gegeneinander ausgespielt werden und das war heute für mich schon ein großes Alarmzeichen da herinnen zu spüren in der Diskussion, wohin eine Debatte womöglich führen könnte, wenn man da nicht mehr aufpasst. Also würde ich bitte uns alle um mehr Behutsamkeit ersuchen, in der Debatte genau zu schauen, was man dann als nächste Konsequenz daraus ableiten würde. Und es ist eine ideologische Diskussion, der Herr Hammer hat es erfasst, es ist eine ideologische Diskussion natürlich und es geht um Menschenbilder und um Wertbilder und es geht um unterschiedliche Zugänge zum Beispiel zur Frage der Sicherheit, das ist wieder ganz klar da, wo die ÖVP gerne nach weniger Staat und mehr Privat ruft, ruft sie dann im Bereich der Sicherheitspolitik wieder gerne nach mehr Staat, wo wir aber gerne mehr Staat hätten, wäre in Frage der sozialen Sicherheit. Also da gibt es unterschiedliche Zugänge und die Diskussion werden wir in Zukunft haben, aber bitte sehr, wenn wir dann anfangen, Menschengruppen gegeneinander auszuspielen und Stimmungen von der Straße aufzugreifen und die politisch zu instrumentalisieren, dann würde ich wirklich davor warnen. Das ist eine Riesenverantwortung, die wir da in Graz haben, gerade jetzt, weil die...

Zwischenruf GRin. Gesek unverständlich.

GRin. **Rücker:** Ja, nehme ich mich gerne an die Nase und die Frau Gesek wird das auch tun, wie ich weiß. Wir werden da genau aufpassen müssen, das will ich nur sagen und ich weiß aber auch und ich sehe auch, bei der ÖVP gibt es Menschen, mit denen ist es schwierig zu kommunizieren, aber es gibt auch Menschen, mit denen sehr wohl vernünftige Kommunikation möglich ist. Die Erfahrung habe ich hier auch schon gemacht und deswegen hoffe ich, dass wir in gemeinsamen Gesprächen, in

sehr ernsthaften Gesprächen Lösungen finden und darum ersuche ich uns hier alle (*Applaus Grüne*).

GRin. **Kahr**: Sehr geehrte Damen und Herren! Der Dringlichkeit dieses Antrages stimmen wir gerne zu, das ist auch in meiner ersten Wortmeldung vor einer Debatte auch zum Ausdruck gekommen, denke ich, weil das Problem Alkoholmissbrauch tatsächlich ein ernstes ist und auch das Problem mancher Situationen der Punks am Hauptplatz, vor allem am Abend, da gebe ich dem Kollegen Rajakovics Recht, allein in der Pause, wie wir zwischendurch auch geredet haben, sind uns einige Überlegungen gekommen, wie wir meinen, dass man das durchaus lösen könnte, ohne eine ortspolizeilichen Verordnung. Ich gehe generell davon aus, dass man mit jedem und jeder in diesem Haus vernünftig und klug diskutieren und reden kann, gerade in diesem Bereich, und wenn wir dem Inhalt nicht zustimmen aus ideologischer Sicht und das so werten will, dann kann man das so sehen. Ich sehe das gar nicht so, weil ich meine, dass, wenn eine Arbeitsgruppe zustande kommt, wenn wir uns klar ein Ziel setzen und auch Fristen setzen, dass es dann durchaus zu klugen und richtigen Lösungen kommen kann (*Applaus KPÖ*).

GRin. Mag. **Uray-Frick**: (*Begibt sich nicht zum Rednerpult*) Da ich mich ohnehin schon vorher dazu gemeldet habe, mache ich es jetzt hier von der Bank. Wir werden dem Antrag, also sowohl der Dringlichkeit als auch dem Inhalt, zustimmen.

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

GR. **Schönegger**: Herr Klubobmann Herper, ich bin wahrlich enttäuscht. Ich habe mir von einem Klubobmann, der schon einige Zeit in diesem Gemeinderat verbracht hat und schon länger hier ist, erwartet, dass er unterscheiden kann zwischen einer

ortspolizeilichen Verordnung und dem Landessicherheitsgesetz (*Applaus ÖVP*). Denn, sehr geehrte Damen und Herren, gegen das Landessicherheitsgesetz gab es rechtliche Bedenken, nicht gegen die ortspolizeiliche Verordnung, die ortspolizeiliche Verordnung ist rechtlich einwandfrei. Vielleicht liegt da das Problem, vielleicht stimmt ihr jetzt zu, weil ihr gedacht habt, dass das das Problem ist. Also ich sage es euch, ortspolizeiliche Verordnung kein rechtliches Problem. Ich bin aber noch einmal enttäuscht, denn der Antrag liegt ja vor, wie ich sehe und wir schreiben in keiner Zeile vom Alkoholverbot, uns geht es um das Verbot des Alkoholmissbrauchs. Ist auch ein wesentlicher Unterschied meiner Meinung (*Applaus ÖVP*). Und drittens, ich will es ja nicht glauben, aber schön langsam kommt mir ja auch der Verdacht, dass es da einigen nur darum geht zu verhindern, dass in der Stadt irgendetwas weitergeht unter Bürgermeister Nagl. Ich hoffe, dass dem nicht so ist, und das schon das Anliegen ist, für die Menschen etwas zu tun. In diesem Sinne bitte ich nochmals, vielleicht dem zuzustimmen (*Applaus ÖVP*).

Zwischenruf Bgm.-Stv. Ferk unverständlich.

Der Antrag wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Der Bürgermeister erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Bürgermeisterstellvertreter Ferk übernimmt um 16.48 Uhr den Vorsitz.

2) Parkraummanagement GesmbH, Überprüfung einer Auflösung der Gesellschaft bzw. Liquidation

GR. **Herper** stellt namens der SPÖ, KPÖ und Grünen folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Herper**: Herr Vizebürgermeister, meine Kolleginnen und Kollegen! Wir haben einen gemeinsamen und zwar entscheidenden Beschluss für die kommenden Jahre für dieses Haus, für die Stadtregierung, für den Gemeinderat und für die Magistratsverwaltung, aber auch für diese Stadt am 11. Februar beschlossen, nämlich die Aufgabenkritik. Und die sozialdemokratische Fraktion hat sich vorgenommen, dass nicht nur in der Stadtregierung und bei vor wenigen Tagen stattgefundenen und vorzusetzenden Dialogplattform Politikverwaltung, dass nicht nur von Seiten der Personalvertretung und der Gewerkschaft über die Vorschläge debattiert, diskutiert und dann letztendlich politisch zu bewerten sei, sondern es geht auch darum, dass alle jene Gesellschaften, die in den letzten Jahrzehnten zum Teil wild wuchernd aus dem Boden geschossen sind, die entweder gegründet wurden, in Gründung befinden oder vielleicht noch gegründet werden sollen, genauso dieser Aufgabenkritik unterzogen werden sollten und müssten. Und zwar alle Töchter und Enkel, alle jene, wo das Geld der Stadt Graz und der öffentliche Mittelzufluss vorhanden ist und die ist genau der Aufgabenkritik zu unterziehen sei und deswegen dieser Antrag, der aus Anlassfall sich mit der Grazer Parkraummanagement-Gesellschaft beschäftigt, weil diese genügend Anlassfälle gibt. Erste Vorbemerkung. Zweite Vorbemerkung: In einer offiziellen Aussendung des Stadtrates Christian Buchmann, der offenbar, dachte ich, zuerst bei einer Pressekonferenz mit dem Manager der Parkraummanagementgesellschaft, ich dachte zuerst, es sei ein verspäteter Aprilscherz, es ginge so etwas wie Parken mit Kultur, in einer Aussendung festhält, und zwar zitierend den Parkraummanager Janesic: „Ich habe den Acker, den ich vorgefunden habe, der von der Stadt Graz in 20 Jahren nicht bewirtschaftet worden ist, in diesen 15 Monaten aufbereitet.“ Da ist es mir aufgestoßen und ich habe mir überlegt, was heißt das, in den letzten 15 Jahren? Gab es da nicht politische Referenten wie Erich Edegger, Ruth Feldgrill-Zankel, Helmut Strobl, zwischenzeitlich Franz Josel und Gerhard Rüscher? Warum eine solche Weglegung? Dritte Vorbemerkung: Dieser Tage flatterte mir von der Wirtschaft Graz

ein Schreiben in die Hand, nämlich die Informationsschrift der Regionalstelle Graz der Wirtschaftskammer und damit auch eine maßgebliche Stimme des ÖVP-Wirtschaftsbundes. Darin schreibt offensichtlich der wahre Verkehrsreferent dieser Stadt, und ich rede nicht über Gerhard Rüscher, ich rede nicht über den Schattenverkehrsstadtrat Christian Buchmann und ich rede auch nicht über den Manager der Parkraummanagementgesellschaft, nämlich Regionalstellenobmann Mag. Ulfried Heinzl stellt nämlich fest, wir brauchen endlich ein durchdachtes und ganzheitliches Verkehrskonzept.

Zwischenruf unverständlich.

GR. **Herper:** Also, der Steiner hat diese Wuchtel, die schon einmal geschossen wurde, flott an die eigenen Parteikollegen weitergereicht. Ich gratuliere den Kollegen Rüscher und Buchmann und Co, dass Ulf Heinzl meint, hier in der Stadt gäbe es weder ein durchdachtes noch attraktives Verkehrskonzept, es gäbe eigentlich fast gar nichts und nichts passe zusammen, meint er in einer Stellungnahme der Regionalstelle Wirtschaft in Graz. Und das hat mich veranlasst, diesen gemeinsamen Antrag namens der SPÖ, der KPÖ und der Grünen, der an sich ein Prüfantrag ist, verständlicher Weise zu formulieren. Nachdem in den letzten Tagen allerlei durch die Medien gegeistert ist, der Karmeliterplatz wurde heute schon angesprochen, da hat es erst einmal eine Ausrückung des Gerhard Rüscher gegeben, dann hat ihn sozusagen der Schattenverkehrsreferent Christian Buchmann zurückgepiffen, daraufhin hat es wieder den Kehrtschwung gegeben und das, was du da meinst mit hüh und hott, lieber Christian Buchmann, gestern in der Aussendung, befindet sich alles in eurem Bereich, nämlich im Bereich der ÖVP-Stadtsenatsreferenten (*Applaus SPÖ*). Ich bin durchaus, ich sage einfach aus der Geschichte, und die Maxie Frick wird sich erinnern, seit 1997 habe ich mit mehreren Dringlichen in diesem Gemeinderat in den letzten Funktionsperioden mit Vorstößen sowohl die Innenstadtinitiative, Christian Buchmann wird sich auch noch gut erinnern, 1997, 1998, 1999 mehrere dringliche Anträge gestellt, weil es einfach unmöglich war dann

am Schluss, und der Bürgermeister ist leider nicht da, er war damals Finanzreferent, dass knapp 60 Millionen ATS in die Tiefgaragen und in Tiefgaragenbetreiber geflossen sind. Das war für uns sozusagen Ende der Fahnenstange, aus, Schluss, vorbei. Daraufhin war die dringende Forderung und das war durchaus ein vernünftiges Konzept, das in ersten Umrissen am Tisch gelegen ist, es zu versuchen mit einer Parkraummanagementgesellschaft, und selbige haben wir, und ich habe noch zwei Monate vorher einen dringlichen Antrag sogar gestellt, Ende Oktober 2001, und im Dezember 2001 haben wir einen solchen Beschluss gefasst. Damals hat der Finanzreferent und heutige Bürgermeister Folgendes gemeint. Ich zitiere aus dem Protokoll: „Die Stadt Graz wird in den nächsten 20 Jahren pro Jahr 30 Millionen Schilling aus dem Haushalt einbringen, per Anno, pro Jahr 30 Millionen Schilling einbringen, wenn wir uns gleichzeitig mit dem Betreiber APCOA die nächsten 18 Jahre einigen und ihnen im Betreibervertrag jene Garagen, die zu kaufen wir beabsichtigen, ihnen diesen Vertrag geben, dann würden wir insgesamt fast 58 Millionen Schilling in der Cash-flow-Rechnung zur Verfügung stellen.“ Das bedeutet, so Nagl, Originalzitat: Dass nach Abzug der Ausgaben und der Darlehenstilgungen 800 Millionen Schilling, höre und schreibe, und höre noch einmal, 800 Millionen Schilling Garagen kaufen werden, 500 Millionen wollen wir im Darlehenswege aufnehmen, 200 Millionen erwarten wir von Investoren, also insgesamt 800 Millionen. Und dann ist aufgezählt und ich habe das Stück mir herausgesucht, dann ist genau angeführt, was sind die Geschäftsgrundlagen, die Rechtsform, die Finanzierung, Banken, Versicherungen, Privatinvestitionen, und Buchmann hat in seiner Wortmeldung noch gemeint, das ist das Supermodell für Partnership. Und es wurden dann viele Darlegungen gemacht, wie die Finanzierung erfolgen möge und solle und welche Verpflichtungen, also es ginge um insgesamt 374 Millionen Schilling. Dann ging es noch um Eröffnungsbilanzen, Bilanz nach Erwerb, Zuflüsse usw. und was der Unternehmensgegenstand wäre. Dieser Tage lese ich mit hohem Interesse, dass der für Verkehrsfragen, Baudirektion, zuständige Verkehrsstadtrat Gerhard Rüschi betont, das ist alles nicht mehr Thema der Sache. Es geht nichts, es gibt nicht und wir wissen ja alle, wie die Finanzsituation der Stadt ist, als eine der wesentlichen und eigentlich das First, der erste Unternehmensgegenstand, nämlich der Erwerb, der Zukauf und der Garagen, um den Tarif gesenkt zu halten, existiert einfach nicht mehr. Erstens, weil wir kein Geld haben, und zweitens, weil es schon öffentlich durch Stadtregierungsmitglieder in Ankündigung gesetzt wurde.

Mit Gemeinderatsbeschluss vom 13. 6. 2002 wurde vom Gemeinderat der Stadt Graz die Errichtung der Grazer Parkraummanagement GesmbH. beschlossen. Durch diese Parkraummanagement GesmbH sollten, so die Zusicherung, beziehungsweise Zielsetzung des damaligen Finanzstadtrates und nunmehrigen Bürgermeisters Siegfried Nagl mittelfristig unter anderem auch die Tarife der Tiefgaragen gesenkt werden. Also eine berechtigte Frage dann, wozu eine solche Gesellschaft weiter führen, weil die nächsten Gegenstände, die das Unternehmen sich vornehmen möge, sei das Handyparken und sei die Optionsverträge für Park-and-Ride. Das macht durchaus Sinn, wenn es eine gemeinsame solche Vorgangsweise gäbe, die ja Heinzl, wie gesagt, in der Wirtschaftszeitung des Wirtschaftsbundes und der Wirtschaftskammer ja erklärt, sie gäbe es nicht in dieser Stadt. Zum anderen haben wir bei diesem Antrag im Dezember 2001 drei Punkte beschlossen, da wird es noch zu prüfen sein, weil es hier konkret steht, sollte die Gründung der Parkraummanagementgesellschaft nicht mit Erfolg begleitet sein oder der Erwerb von einzelnen Garagenobjekten nicht zutreffen, so würden bestimmte rechtliche und finanzielle Folgen in Kraft treten. Ich hätte gerne geprüft, was es heißt jetzt, öffentliche Erklärungen abzugeben, dass weder mit der Shell-Tankstelle am Andreas-Hofer-Platz das Vorhaben nicht über die Bühne geführt wird, geschweige denn mit anderen Garagen, dann hätte ich gerne die finanziellen und rechtlichen Folgen gewusst. Gerade weil ich damals mit vielen von Ihnen hier, noch immer vielen von Ihnen hier im Gemeinderat quer durch alle Reihen dieses Stück beschlossen habe, ich muss mir meiner rechtlichen und finanziellen Folgen bewusst sein. Ich habe auch hier noch in Händen, damals hat es noch der Geschäftsführer der APCOA, Günter Janesic, unterschrieben, die Absichtserklärung der APCOA und dass dementsprechend die Vertragsabläufe bis 2020 gestreckt wurden und noch eine entsprechende Zusatzvereinbarung zwischen der Stadt Graz, den zuständigen Magistratsabteilungen und der APCOA, was es für rechtliche und finanzielle Konsequenzen hätte, sollte das erste Vorhaben der Parkraummanagementgesellschaft nicht greifen, nämlich der Erwerb und der Ankauf von Tiefgaragen. Deswegen, und nur aus diesem Grunde allein schon, haben wir diesen gemeinsamen Antrag gestellt und ich habe mir noch zusätzlich, verständlicherweise, und dies ist eine sachliche Argumentation und keine auf die Person Janesic bezogen, weil er hat nur die Rahmenbedingungen vorgefunden, die ihm der damalige Finanzreferent Nagl offeriert hat und der dann zu dem Beschluss

geführt hat. Ich habe mir dann die Bilanz 03 noch einmal durchgesehen, weil es ja kein Geheimnis ist, sie wurde mir ja übermittelt, nachdem sie im Aufsichtsrat behandelt worden ist und ich durfte im Einzelnen entnehmen, dass im ersten Geschäftsjahr überwiegend der Gesellschafterzuschuss, nämlich zu mehr als drei Viertel in Personalaufwendungen Verwendung fand und die Aufwendungen für Telefonat, Internet und Fax und Öffentlichkeitsarbeit im weitesten Sinne relativ hoch ins Auge fallen, der Kostenanteil. Also die nennenswerten Ausgaben der Gesellschaft beliefen sich im ersten Geschäftsjahr vor allem im Bereich der Personal-Infrastruktur-, Beratungs- sowie der PR-Kosten. Und angesichts der Finanzsituation der Stadt, die jeden von euch und Ihnen bekannt ist genauestens, sonst hätten Sie nicht diesen Beschluss zur Aufgabenkritik gefällt am 11. Februar, sind auch Überlegungen und Finanzierungsvarianten für künftige Projekte, die zwischendurch in Medien lanciert wurden oder in Bilanzpressekonferenzen vorgestellt oder angedeutet wurden, immer auch mit finanziellen Folgen zu bedenken. Selbst die Park-and-Rideprojekte sind immer mit Verlängerungen von Straßenbahnen verbunden, wie jedem bewusst ist. Wir reden nicht nur über die Verlängerung des 6er hier in diesem Haus schon seit langem und längerem, wir reden auch beim Park-and-Ride in Puntigam über die Verlängerung des 5er und wir reden beim Park-and-Ride in Liebenau über die Verlängerung des 4er, ich rede erst gar nicht über die rechtlichen Bedenken, die es noch gäbe, durch Grundstückstausch in Mariatrost. Das heißt also, die Rahmenbedingungen und die Grundlagen haben sich wesentlich geändert in den letzten zwei Jahren, und der Stadt geht es seitdem wirklich finanziell nicht besser. Dies veranlasst uns natürlicherweise, nachdem wir auch wissen, dass die Zusagen, die er gegeben hat bei seiner Bestellung vor einem Jahr, Beschluss Dezember 2002, inzwischen schon eineinhalb Jahre, er nicht einhalten konnte, dass eine Tarifsenkung bis April 2004 Deadline wäre, nämlich der Schlusspunkt. Ich lese aus den Zeitungen, dass es einfach Tariferhöhungen geben wird, ich frage mich, wir haben einen Beschluss gefasst, der offensichtlich auf unrichtigen Tatsachen beruht, auf falschen Rahmenbedingungen und falschen Unterlagen oder zumindest nicht richtigen. Und aus diesem Grunde stelle ich namens, und nachdem sich sogar über die echte Preisbrechergarage, wo wir in Eigentümerfunktion sind, sogar noch Debatten ergeben haben in den letzten Tagen, stelle ich berechtigterweise namens der Gemeinderatsfraktionen von SPÖ, KPÖ und Grüne den gemeinsamen

dringlichen Antrag,

1. der für Stadt- und Verkehrsplanung zuständige Stadtsenatsreferent DI Gerhard Rüscher wird ersucht, bis 17. Juni 2004 dem Gemeinderat in Zusammenhang mit der Tätigkeit der Parkraummanagement GesmbH einen Bericht vorzulegen,
 - a) wie – unter Berücksichtigung der aus finanziellen Gründen zurzeit nicht realisierbaren Ankäufe von Tiefgaragen durch die Stadt Graz – eine Einflussnahme auf die Tarifgestaltung der in Graz befindlichen Tiefgaragen erreicht werden kann, gemäß dem Gemeinderatsbeschluss aus 2001 und
 - b) ob die im Gesellschaftsvertrag der GPG umschriebenen Gegenstände der Gesellschaft nicht weit kostengünstiger unter Inanspruchnahme der ohnehin vorhandenen städtischen Einrichtungen (Parkgebührenreferat des Straßenamtes, Verkehrsplanung der Stadtbaudirektion, Abteilung für Liegenschaftsverkehr, Grazer Bau- und Grünlandsicherungs GmbH) verwirklicht werden könnten und ob nicht ein externes Zukaufen von „verkehrsstrategischem Know-how“ jederzeit möglich wäre.
2. Die zuständigen Magistratsabteilungen werden beauftragt, dem Gemeinderat ebenfalls bis 17. Juni 2004 vorsorglich einen Bericht vorzulegen, welche laufenden Kosten die Parkraummanagement GesmbH speziell in Bezug auf Infrastruktur und Personal beziehungsweise laufenden Betrieb für die Stadt Graz hervorruft und welche Schritte und Fristenläufe es bedarf, die Parkraummanagement GesmbH ehebaldigst aufzulösen beziehungsweise zu liquidieren, falls der Gemeinderat auf Grund des in Pkt. 1 angeführten Berichts zum Schluss kommen sollte, dass die Weiterführung der Parkraummanagement GesmbH nicht zielführend wäre.

Und diesen Prüfantrag stelle ich in Form eines dringlichen Antrages. Dankeschön (*Applaus SPÖ*).

StR. Mag. Dr. **Buchmann** zur Dringlichkeit: Man könnte sagen: „Vorwärts, es geht zurück, ist das Motto dieses Antrages. Leider ist es nicht so, dass man Probleme im

Verkehr wegzaubern kann, indem man einen Schritt zurückgeht. Man muss den Fakten ins Auge sehen und die Fakten sind nun einmal, was Verkehrsprobleme betrifft, insbesondere jene im ruhenden Verkehr, dass wir eine steigende Anzahl an Kfz-Zulassungen haben und zwar nicht erst im Jahr 2004, sondern konstant über die letzten 40 Jahre und dass wir ein steigendes Mobilitätsbedürfnis der Menschen haben, das sich zwar nicht nur dadurch ausdrückt, dass sie mehr mit dem Kfz fahren, sondern natürlich auch die anderen Mobilitätsarten nutzen, aber dieses Mobilitätsbedürfnis, und wir haben das kennen lernen dürfen im Kulturhauptstadtjahr, wird auch dadurch befriedigt, dass man Städte besucht, dass es City-Tourismus gibt und dass diese Besucher, die sehr, sehr willkommen sind in unserer Stadt, natürlich auch für ihr Vehikel im ruhenden Verkehr, für ihr Stehzeug zu jener Zeit, wo sie es hier abstellen, einen Platz brauchen. Und angesichts dieser Tatsachen haben wir sehr lange und sehr gründlich, und ich war auch in der vorigen Gemeinderatsperiode hier als Gemeinderat tätig, haben wir darüber diskutiert, welche Ziele wollen wir erreichen und wie wollen wir dahin kommen. Und jetzt müssen wir uns noch einmal für jene, die damals nicht dabei waren, vor Augen führen, was war die Ausgangssituation? Die Ausgangssituation war, dass wir 1.800 Stellplätze im innerstädtischen Bereich in Tiefgaragen gehabt haben und dass wir im erweiterten Innenstadtbereich 9000 Blaue-Zonen-Stellplätze gehabt haben. Ausgangsbereich war, dass diese 1.800 Stellplätze im Innenstadtbereich zu den teuersten Garagen Europas gezählt haben und dass unsere 9000 Blaue-Zonen-Stellplätze zu den teuersten in der öffentlichen Parkraumbewirtschaftung gezählt haben und dass wir mit diesem Angebot nicht ausreichend bedient waren in unserer Stadt und damals haben wir festgestellt, wir wollen etwas tun, wir wollen Angebote machen für die Pendler, wir wollen Angebote machen für die Anwohner, weil auch damals hat es diese Diskussion gegeben, dass wir uns darüber bekümmert haben, dass wir zu wenig Wohnbevölkerung haben und deswegen im Finanzausgleich zu wenig Geld zurückbekommen. Haben wir gesagt, wir wollen das auch für die Anwohner tun und wir haben gesagt, selbstverständlich sind uns auch die Kunden und Gäste ein Anliegen, für die wir ein attraktives Angebot machen wollen. Und damals haben einige Mitglieder der Stadtregierung und einige Damen und Herren, die auch heute hier im Gemeinderat sind, auch die Überlegung angestellt, schauen wir uns einmal an, was es europaweit gibt. Damals hat es Fachexkursionen gegeben, auch gemeinsam mit der Wirtschaftskammer, wo man sich erfolgreiche Modelle in Europa

angeschaut hat. Der Karl-Heinz hat ja alle Protokolle offenkundig nachgelesen aus den seinerzeitigen Beratungen, damals war schon die Rede von Barcelona, damals war schon die Rede von Lyon und wir haben gemeinsam festgestellt, dass das Modelle sind, und dort gibt es solche Parkraummanagementgesellschaften mit Kompetenz mit Know-how, aber auch mit den entsprechenden Mitteln, um entsprechende Maßnahme setzen zu können. Und dieser Antrag heute, und das möchte ich in aller Deutlichkeit sagen, ist ein Schritt zurück, es ist ein Zick-Zack-Kurs ohne Vision, der eine Überprüfung in Auftrag gibt, ohne zu sagen, wie es gehen soll und das von einer Fraktion, lieber Karl-Heinz, und das muss ich dir sagen, die zweimal, und zwar im Jahr 2001 und im Jahr 2002 a) mitgestimmt hat, b) immer im Lenkungsausschuss, seitdem es diesen Lenkungsausschuss gibt, mit dabei war und dort, wie ich gehört habe, sehr gut mitgearbeitet hat; von einer Fraktion, die immer im Aufsichtsrat vertreten war, aber nicht nur vertreten war, sondern auch immer den Aufsichtsratsvorsitzenden gestellt hat und dort sehr konstruktiv mitgearbeitet hat, wie ich mir sagen habe lassen und von einer Fraktion, die zu dem noch den Beteiligungsreferenten stellt und der ist ja auch nicht ganz unbeteiligt, hoffe ich, bei solchen Prozessen (*Applaus ÖVP*). Und dieser Schritt, und ich habe mir deswegen gestern das lange überlegt, ich habe mich gestern sehr heftig zu Wort gemeldet, weil ich diese Vorgangsweise, nämlich einen Schritt vor, zwei Schritte zurück aus drei Gründen für sehr bedenklich halte. Zum einen, diese Maßnahmen, die heute auch in diesem Antrag stehen und das sollen Sie wissen, wenn Sie solche Maßnahmen beschließen sind gegenüber dem Unternehmen Grazer Parkraummanagementgesellschaft und das ist nicht eine Abteilung der Stadt, das ist ein privatwirtschaftlich agierendes Unternehmen mit zugegebenermaßen einer kleinen Bilanzsumme, weil mehr haben wir ihr nicht gegeben zum Arbeiten, aber es ist in privatwirtschaftlichem Bereich ein tätiges Unternehmen und das, was wir hier betreiben, ist kreditschädigend und grob fahrlässig gegenüber dem Unternehmen (*Applaus ÖVP*). Es ist verantwortungslos, was hier passiert gegenüber den Pendlerinnen und Pendlern und es schädigt nachhaltig, und das möchte ich deutlich gesagt haben, den Wirtschaftsstandort Graz (*Applaus ÖVP*). Und mit der öffentlichen Diskussion, die wir gehabt haben, und deswegen bin ich da so heftig, was passiert denn mit diesem Unternehmen GPG und das ist ja eine Kette von Maßnahmen, die hier jetzt offenkundig jetzt im neuen Stil in diesem Haus praktiziert wird, werden Unternehmungen, an denen die Stadt Graz zu 100 % oder mehrheitlich beteiligt ist,

unmöglich gemacht. Und was heißt denn das, wenn ein Unternehmen unmöglich gemacht wird, das bedeutet, dass ein Unternehmen keine Möglichkeiten hat, und wir haben mit der Beschlussfassung zu dieser Parkraummanagementgesellschaft seinerzeit gesagt, wir statten sie aus mit 30 Millionen Schilling jährlich, damit sie mit diesen 30 Millionen Schilling jährlich entsprechend diese Maßnahmen, die wir in den Zielen vorgegeben haben, umsetzen können. Diese in heutiger Währung 2,1 Millionen Euro sind nie geflossen, aber heute wird dem Geschäftsführer der Vorwurf gemacht, warum hast du diese Maßnahmen und diese Ziele, die du damals aufgetragen bekommen hast, nicht erfüllt (*Applaus ÖVP*)? Dieses Unternehmen ist nie (*Bürgermeisterstellvertreter Ferk läutet mit der Ordnungsglocke*)...

Bgm.-Stv. **Ferk**: Ich mache aufmerksam, du sprichst jetzt zur Dringlichkeit und die inhaltliche Diskussion wird dann nachgeführt und ich bitte auch entsprechend der Geschäftsordnung, dich daran zu halten.

Dr. **Buchmann**: Ich nehme diesen Ruf zur Kenntnis, ich habe mich vorhin bei der Frau Dr. Zwanzger erkundigt, ob ich meine Stellungnahme zur Dringlichkeit oder Nichtdringlichkeit begründen darf, sie hat mir das gesagt, ich werde mich kurz fassen, aber ich möchte es trotzdem begründen (*Applaus ÖVP*). Und ich sage dazu, eine Gesellschaft unmöglich zu machen, indem man ihr das Finanzkapital zum Möglichsein nicht gibt, einen Geschäftsführer öffentlich zu desarouieren und das Schlimmste, das Vertrauen der Marktpartner in diese Gesellschaft unmöglich zu machen und das ist kein Hulla-Hup-Unternehmen unsere Grazer GPG, die irgendwo arbeitet, sondern die GPG hat Vertragspartner. Bei mir war gestern der Vorstandsdirektor der Brauunion in der Früh zu einem anderen Thema und hat gesagt, was heißt denn das jetzt, ich habe einen Optionsvertrag mit der GPG abgeschlossen durch denn dortigen Aufsichtsrat als Empfehlung für die Stadt Graz bekommen, ich muss mittlerweile schauen, dass ich meine Beschlüsse herbekommen und lese in der Zeitung, dass die Organisation, nämlich dieses Unternehmen, unmöglich ist. Die GPG über ihren Geschäftsführer hat verhandelt mit

der Shell über einen Rückkauf von Bestandsrechten, die Shell ist bekanntlich ein Unternehmen, dessen Hauptquartier in Rotterdam ist und jetzt ist dieses Unternehmen auch aufgescheucht auf Grund dieser...

Zwischenruf GR. Herper: Der Gerhard Rüsich hat das so erklärt.

Dr. **Buchmann:** ...Unkalkulierbarkeit, durch diesen Zick-Zack-Kurs der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion, den anderen bin ich da nicht gram, weil die haben seinerzeit auch ihre Skepsis ausgedrückt, aber ich hätte mir vorgestellt, dass das, was unser Arbeitsübereinkommenspartner gemeinsam mit uns angegangen ist, auch so weiter fortsetzt (*Applaus ÖVP*) und wir halten diese Frage selbstverständlich für dringlich, weil es die Verantwortlichkeit vieler Funktionärinnen und Funktionäre der Sozialdemokratie in dieser Frage gibt, die gehört dabei auch entsprechend auf den Tisch und es sollen die Grazerinnen und Grazer wissen, wer der Pirouettenweltmeister in dieser Stadt Graz ist (*Applaus ÖVP*).

Bgm.-Stv. **Ferk:** Zur tatsächlichen Berichtigung erteile ich dem Herrn Klubvorsitzenden Herper das Wort.

GR. **Herper:** (*Begibt sich nicht zum Rednerpult*): Herr Stadtrat Christian Buchmann, ich bitte dich, entweder das zurückzunehmen, ich zitiere hier den Stadtrat Rüsich bitte, das nicht heißt, die SPÖ (*weitere Wortmeldung unverständlich*)

Zwischenruf GRin. Gesek: Wer sonst ?

GR. **Herper:** Weil der Vorwurf des Christian Buchmann ist ein sehr schwer wiegender Vorwurf, den er gestern schriftlich ausgesandt hat und jetzt mündlich wiederholt hat. Ich lasse das nicht auf mir sitzen, Christian Buchmann.

Zwischenruf GRin. Gesek: So ist es aber.

GR. **Herper:** Ich zitiere den Stadtrat Gerhard Rüschi und er spricht von der Andreas-Hofer- und Mariahilferplatz-Garage.

Zwischenruf GRin. Gesek: Du musst den Gegenbeweis antreten.

GR. **Herper:** Diese Variante hat keine Priorität, wir wollen uns vielmehr auf die Park-and-Ridekonzepte Mariatrost und Puntigam konzentrieren. Mittwoch, 12. Mai, jetzt frage ich mich, was gilt in der ÖVP, was Christian Buchmann sagt oder was Gerhard Rüschi sagt, bitte, ich lasse den Vorwurf nicht auf mir sitzen bitte (*Applaus SPÖ*).

Bgm.-Stv. **Ferk:** Meine Damen und Herren! Vielleicht wäre es doch angemessen, dem anderen zuzuhören, es ist leichter in der Diskussion. Wir haben natürlich Auffassungsunterschiede, niemand wird in seinem Rederecht beeinträchtigt, ich bitte darum.

GRin. Mag. **Uray-Frick:** Meine sehr geehrten Damen und Herren! Was sich hier abspielt, da fällt mir so eine neue Variante des Tete-a-tete ein, nämlich jeden Tag

den anderen eine mit dem Stock drüberhauen, also so wird das Tete-a-tete zwischen den zwei großen Fraktionen hier im Gemeinderat gepflogen offensichtlich. Lieber Karl-Heinz, ich muss dir schon sagen, für mich war das, was hier heute hier als Antrag eingebracht habt, ein Bekenntnis zu einem Stillstand in dieser Stadt (*Applaus ÖVP und FPÖ*). Wir brauchen nichts mehr für Parken tun, wir brauchen nichts mehr für den öffentlichen Verkehr tun, dann erweitern wir den Zentralfriedhof über ganz Graz, auch dort gibt es hübsche Denkmäler, wo der eine oder andere einmal vorbeikommt, die er sich anschaut, aber sonst findet nichts statt. Das kann doch nicht das Ziel sein und wenn du dich dagegen verwehrt und dass hier der Wirtschaftsstandort geschädigt wird, ja, was glaubst du denn, was wir für einen Ruf haben, zuerst kaufen wir die Stadtwerke, dann kommt ein Antrag, verkaufen wir es wieder, dann gründen wir eine Gesellschaft, überlegen uns das gut, diskutieren das hier, dann werden von diesem Geschäftsführer Konzepte vorgelegt und wir müssen hier entscheiden, welche das sind, mir ist schon klar, dass nicht alle Konzepte, aber das muss jedem klar sein, dass nicht alle Konzepte, die von der GPG geliefert werden, umsetzbar sind, weil wir das Geld nicht haben und wir werden uns überlegen müssen, welche das sind. Ich habe da kein Problem, wenn es da innerhalb der ÖVP kleinere Differenzen gibt, wir werden das ohnehin hier beschließen müssen, welche Prioritäten zu setzen sind. Aber daraus den Schluss zu ziehen, weil man nicht alles machen kann, lösen wir die Gesellschaft wieder auf, wer soll denn mit uns noch in einen Vertrag einsteigen bitte (*Applaus ÖVP und FPÖ*)? Und wenn man ein bisschen herumhört mit Leuten, die Geschäfte oder Verträge mit der Stadt haben, das greift immer mehr um sich, dass die Leute sagen, was gilt den euer Wort noch und das ist eine Entwicklung, lieber Karl-Heinz, die solltet ihr, nämlich als große SPÖ-Fraktion, das ist anders, wenn es die Opposition tut, aber ihr seid nicht in Opposition und eine regierungsführende Partei sollte sich schon sehr überlegen, wie seriös sie mit diesen Dingen umgeht, um auch die Seriosität der gesamten Stadtverwaltung zu dokumentieren. Wir werden jedenfalls sowohl der Dringlichkeit als auch dem Antrag zustimmen (*Applaus ÖVP und FPÖ*).

Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Er hat sich kurz gefreut.

Bürgermeister Nagl übernimmt um 17.20 Uhr den Vorsitz.

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit angenommen.

GRin. **Edlinger** zum Antrag: Es ist jetzt hier schon sehr viel gesprochen worden, dass, würde es die GPG nicht mehr geben, es zu einem Stillstand in der städtischen Verkehrsplanung und in der städtischen Verkehrspolitik kommen würde, wenn es um das Thema Parken geht. Ich denke mir, so unfair dürfen Sie aber zum Verkehrsstadtrat Rüschi nicht sein, dass quasi nur was passiert, wenn die GPG was macht und ansonsten nichts.

Zwischenruf GR. Schönegger: Sie haben es notwendig.

GRin. **Edlinger**: Tatsache ist auch, wenn es die Gesellschaft nicht gibt, dann gibt es noch immer sehr gute, fachlich, oder nicht mehr geben würde, aber wir wollen ja nur, dass geprüft wird, unter welchen Bedingungen was wie sinnvoll ist, in diese Richtung zu gehen. Aber wenn es die Gesellschaft nicht mehr geben würde, gibt es noch immer fachlich versierte Experten/Expertinnen in der städtischen Verwaltung, die ebenso verschiedene Projekte...

Zwischenruf GRin. Mag. Fluch: Es bleibt ein Zick-Zack-Kurs.

GRin. **Edlinger**: ...die alle wichtig und richtig sind, weiter betreiben, vorantreiben und auf Schiene setzen können. Also wir können nicht so tun, dass es irgendwie eine Maßnahme nur gibt, wenn sie von städtischen Gesellschaften oder anderen Einrichtungen, aber eben nicht von der Verwaltung umgesetzt wird (*Applaus SPÖ*).

GRin. **Rücker**: Ich werde mich eh kurz halten, weil der Antrag ist eh recht deutlich formuliert, wir werden dem Antrag deswegen zustimmen, weil unsere Skepsis gegenüber dem Gründen und laufenden Gründen von Gesellschaften ist ja an und für sich bekannt. Es muss möglich sein, nicht nur auf magistratsinterne Abläufe hinzuschauen im Rahmen einer Aufgabenkritik, es muss auch möglich sein nachzufragen, und der dringliche Antrag will eine Überprüfung, ob der Weg einer Gesellschaft weiterhin richtig ist, er will eine Überprüfung, ob es auch einen anderen Weg gibt, das muss möglich sein, dass man sich das einmal anschaut und dass man Gesellschaften nicht, weil man sie einmal gegründet hat, auf ewig fortschreibt, ohne nachzufragen, ob sie den Zweck erfüllen, der damals, als man sie gegründet hat, auch wirklich angestrebt wurde. Wenn wir heute die Messe noch diskutieren, wird das ja auch so ein Thema sein, was sich so festschreiben lässt in dieser Stadt und aus dem man dann plötzlich nicht mehr raus kann. Also das geht nicht, man muss auch Entscheidungen überlegen und überdenken können, wenn man feststellt, Ziel und Zweck sind nicht mehr im Blickwinkel und man muss schauen, ob das anders möglich ist und deswegen stimmen wir dem Antrag zu (*Applaus Grüne*).

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte Ihnen gerne ein persönliches Stimmungsbild zu Anfang mitgeben. Wir sind am Montag insgesamt drei Stunden zusammengesessen, die Regierungsmitglieder der SPÖ und die Regierungsmitglieder der ÖVP. Wir haben darüber gesprochen, wie wir vielleicht doch noch einen Weg finden können bei der Linie 6, Bad Eggenberg usw. Am nächsten Tag knallt uns die SPÖ einen dringlichen Antrag auf den Tisch, in dem die Auflösung einer Gesellschaft gefordert wird...

Zwischenruf GR. Herper: Die Prüfung.

Dr. **Rüsch**: ...die Auflösung gefordert wird, die Prüfung dieser Auflösung gefordert wird, obwohl wir, wir haben es heute gehört vom Karl-Heinz Herper, drei gemeinsame Beschlüsse gefasst haben...

Zwischenruf GRin. Gesek: Zick Zack.

Dr. **Rüsch**: ...und dann lese ich heute in der Zeitung, nachdem sich mein Stadtratskollege Buchmann wehrt, vom selben Karl-Heinz Herper, so gehe man nicht mit einem Partner um. Das ist eine Umkehrung der Verursachungssituation, eine ganz klare Umkehr der Verursachungssituation (*Applaus ÖVP*). Das Nächste, was ich sagen möchte, dass es sicherlich sehr gründlich vorbereitete dringliche Anträge gibt, weniger gründliche und noch weniger gründliche. Der vorliegende Antrag zählt sicherlich nicht zu den ersten beiden Kategorien, die ich Ihnen genannt habe (*Applaus ÖVP*).

Zwischenruf GRin. Gesek: Zick Zack.

Dr. **Rüsch**: Ich möchte damit beginnen, dass er vor inhaltlichen Fehlern strotzt. Zunächst einmal wird hier festgehalten im Motivenbericht, in der Parkraumbewirtschaftung ist in der Tatzeit damals sehr viel passiert, wenn wir an die Neugestaltung der Tarife in den Kurzparkzonen oder an die Ausweitung der gebührenpflichtigen Zonen denken. Allein diese Maßnahmen wurden über die

jeweiligen Fachabteilungen des Magistrates umgesetzt. Tatsache ist, es gibt eine Arbeitsgruppe unter der Leitung der Baudirektion, in der die GPG selbstverständlich vertreten ist. Dass die Umsetzung dann von der Straßenbehörde erfolgt, ist ja wohl klar.

Zwischenruf GRin. Edlinger: Es spricht das Parteimitglied.

Zwischenruf GRin. Krampfl zu GRin. Gesek: Du hast vergessen zu klatschen.

Dr. **Rüsch**: Zum Zweiten ist hier die Rede von mehreren hundert Millionen Euro, die für den Ankauf der Garagen ausgegeben werden soll. Es liegt ein vorbereiteter Vorschlag vor von der GPG, die von sechs Millionen Euro für die Stadt Graz spricht und nicht von mehreren hundert Millionen Euro. Und zum Dritten, lieber Karl-Heinz, dürfte dir, auch heute hast du es wieder gesagt, immer noch nicht klar gewesen sein,...

Zwischenruf GRin. Gesek: Das weiß er nicht.

Dr. **Rüsch**: ...dass die Stadt nicht Eigentümerin ist der Karmelitergarage, wir sind nicht Eigentümer, sondern die EGT ist Eigentümerin, sie wird sie auch errichten.

Zwischenruf GRin. Edlinger: Aber wir dürfen zahlen.

Dr. **Rüsch**: Ich möchte gerne auf den Ankauf der Garagen zu sprechen kommen. Ich habe in einer Diskussion und dann auch den Medien gegenüber gesagt, dass der Ankauf der zwei Garagen, der Diskussion steht, derzeit keine höchste Priorität hat. Ich möchte das ganz kurz begründen. Innerhalb von zwei Jahren hat sich die Situation der Parkgaragen in der Innenstadt grundlegend geändert. Es gab vor zwei Jahren noch 2000 Garagenplätze, wir werden nach der Eröffnung der Karmelitergarage 3.500 Garagenplätze haben (*Applaus ÖVP*), also um 70 % mehr. Unter anderem deshalb, weil nicht nur gute Ereignisse passiert sind, wie etwa der Bau der Kunsthausgarage und von Kastner und Öhler, sondern auch weil die Stadt sehr, sehr viele Anstrengungen und Mühen auf sich genommen hat, um einen sehr komplizierten Baukonzessionsvertrag zustande zu bringen, über den eben die Karmelitergarage, wir haben es heute schon gehört, errichtet wird. Es hat sich auch an der Preisfront schon einiges getan, wie Sie wahrscheinlich wissen, bietet die Kunsthausgarage die halbe Stunde zu 90 Cent an, die Stunde zu 1.80 und für die Karmelitergarage ist sichergestellt, dass in den ersten fünf Jahren der Preis 2 Euro und vom sechsten bis zum zehnten Jahr Euro 2.20 sein wird, also auch an der Preisfront hat sich einiges getan. Unter diesen Umständen, darf ich noch einmal wiederholen, scheint aus meiner Sicht, aus der politischen Sicht die Priorität für den Ankauf der beiden Garagen nicht gegeben zu sein. Das aber dem Herrn Janesic von der GPG vorzuhalten, ist schlicht unfair (*Applaus ÖVP*). Er hat diesen Vorschlag vorbereitet und ausbereitet und wenn auch in dem Antrag steht, dass man für das Rechenbeispiel keine Managementleistung braucht, für die Verhandlung mit der Shell und mit allen Partnern braucht es selbstverständlich Managementleistungen und dies ist erbracht, also seine Aufgabe hat er erfüllt. Es ist dann unsere Aufgabe, politisch zu bewerten, ob das umgesetzt wird oder nicht. Als Drittes möchte ich gerne festhalten, dass, wenn man auch von diesem Ankauf im Moment absieht, es ja sicherlich nicht klar ist und auch nicht ratsam erscheint, die GPG deswegen abzuschaffen. Ich habe nachgeblättert im Gesellschaftsvertrag, ich möchte Ihnen das gerne vorlesen. Im Gesellschaftsvertrag sind insgesamt 13 Unternehmensgegenstände genannt, erstens: die Planung und Bewirtschaftung der blauen Zonen, zweitens: Überwachung des ruhenden Verkehrs innerhalb des Stadtgebietes nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen. Drittens: Bewirtschaftung bestehender Garagen, viertens: Planung und Errichtung und Bewirtschaftung neuer Garagen, fünftens: Bewirtschaftung bestehender Park-and-

Ride-Plätze. Sechstens: Planung und Errichtung und Bewirtschaftung neuer Park-and-Rideplätze. Siebentens: Planung von gewerblichem Parkraum sowie Consulting, achtens. Neuntens: Parkraummanagement für Großveranstaltung. Zehntens: Schaffung eines Parkleitsystems. Elftens: Schaffung von Anwohnergaragen. Zwölftens: Errichtung und Förderung von Wohn- und Sammelgaragen und jetzt bitte dreizehtens: Sowie alle Handlungen und Maßnahmen, die zur Erreichung des Gesellschaftszweckes förderlich erscheinen insbesondere auch der Erwerb von Beteiligungen an Unternehmen, an dreizehnter Stelle. Dass die Tarifiereduzierung ein Ziel war, ist unbestritten. Dass eine Gesellschaft das nicht allein erreichen kann, nämlich auf andere Marktpartner, ohne Geld in die Hand zu nehmen, so einzuwirken, dass dieses Ziel erreicht werden kann, ist wohl auch klar. Ich habe ausgeführt, dass dieses Ziel ohnehin offensichtlich durch die Angebotsausweitung zu erreichen ist. Also es gibt 13 Geschäftsgegenstände aus meiner Sicht, das habe ich auch erwähnt, davon sind zwei prioritär. Ich möchte übrigens hier nur ansagen, dass es da überhaupt keine Differenz zwischen meinem Stadtratskollegen Buchmann und mir gibt, die Priorität ist ziemlich klar, es sind die Park-and-Ride-Anlagen, wir werden in der nächsten Stadtregierung zwei Beispiele davon vorbringen, es sind die Suche und die Errichtung von Anrainergaragen und es ist auch das Handyparken, bei dem ebenfalls ein Vorschlag gemeinsam selbstverständlich wieder ausgearbeitet mit der Stadtbaudirektion vorliegt und der ebenfalls kommt.

Zwischenruf GRin. Edlinger: Gestern hat Stadtrat Buchmann was anderes gesagt.

Dr. **Rüsch**: Ich möchte gerne zum Antragstext selbst noch kommen. Ich werde aufgefordert, erstens einen Bericht vorzulegen, wie unter Berücksichtigung der aus finanziellen Gründen usw. die Tarifgestaltung der in Graz befindlichen Tiefgaragen erreicht werden kann. Ich hoffe, dass ich dargelegt habe, dass das zum Teil erfolgt ist und dass der eingeschrittene Weg von der Stadt Graz wirken wird, nämlich wie gesagt, Angebotsvermehrung, die erfolgt ist und zum Zweiten, und dabei auch eine

Garage zu realisieren, bei der der Grund und Boden nicht nur unentgeltlich zur Verfügung gestellt wurde, sondern im Gegenzug auch, und das ist ja sehr klug, ein Tiefstpreis verlangt wurde. Das, was die Stadt Graz jahrelang bis zuletzt 1995 versäumt hat, Shellgarage und Mariahilfer Garage wurden ja ausschließlich mehr oder weniger unentgeltlich, der Grund und Boden dafür wurde mehr oder weniger unentgeltlich zur Verfügung gestellt, ohne sich als Gegenleistung einen Tiefpreis zu holen. Das wird in meiner Antwort drinnen stehen, so wie Sie es heute gehört haben. Über den Punkt b) kann ich mich nur wundern, nämlich ich als Verkehrsstadtrat soll einen Bericht vorlegen, ob die im Gesellschaftsvertrag der GPG umschriebenen Gegenstände der Gesellschaft nicht weit kostengünstiger unter Inanspruchnahme der ohnehin vorhandenen städtischen Einrichtungen des Straßenamtes, Verkehrsplanung, der Stadtbaudirektion, Abteilung für Liegenschaftsverkehr, Grazer GBG verwirklicht werden könnte. Ich glaube diesen Passus könnte man überschreiben mit dem Spruch: Denn sie wissen nicht, was sie tun (*Applaus ÖVP*). Ich gehe davon aus, dass die SPÖ den Gemeinderatsbeschluss sehr genau durchgelesen hat, bevor sie ihn unterschrieben hat. Zum damaligen Zeitpunkt hat es genau die Einrichtungen gegeben, die Sie genannt haben, Parkgebührenreferat, Straßenamt usw. Es hat sich nichts geändert. Ich gehe davon aus, dass Sie sich genauso wie wir uns überlegt haben, welche der Varianten günstiger, welche effizienter ist.

Zwischenruf GRin. Edlinger: Es hat sich schon was geändert, die finanzielle Situation der Stadt Graz.

Dr. **Rüsch**: Dann kommt noch ein weiterer Punkt, der ebenfalls zu nennen ist, die zuständigen Magistratsabteilungen werden beauftragt, dem Gemeinderat ebenfalls bis 17. Juni vorsorglich einen Bericht vorzulegen, welche laufenden Kosten die ParkraummanagementgesmbH speziell in Bezug auf Infrastruktur und Personal beziehungsweise laufenden Betrieb für die Stadt Graz hervorruft und welche Schritte

und Fristenläufe es bedarf usw. Meine Damen und Herren, es gibt einen Aufsichtsrat, dessen Aufgabe es ist, die Geschäftsführung zu kontrollieren.

Zwischenruf GRin. Gesek: Wer ist denn der Vorsitzende?

Dr. **Rüsch**: Wieso müssen Magistratsabteilungen einen Bericht über die laufenden Kosten der GPG vorlegen, das möchte ich Sie wirklich fragen? Ich fasse zusammen, ich halte diesen dringlichen Antrag für eine nahezu unzumutbare Belastung des Regierungspartners, nachdem er nicht angekündigt und auch nicht vorberaten wurde. Ich hätte mir durchaus vorstellen können, dass wir uns zusammensetzen und Sie sagen uns, wir haben ein Problem mit der GPG und wir lösen das, wir überlegen uns, welcher Geschäftszweig ist möglich, es sind ja 13 genannt und wir hätten das durchaus gemeinsam diskutieren können. Das einfach ohne Absprache hier einzubringen, halte ich, wie gesagt, als eine derartige Unzumutbarkeit. Und zum Zweiten wird er inhaltlich gesehen uns nicht viel weiterbringen, ich erwarte mir von einer positiven Auseinandersetzung mit dem Geschäftsgegenstand der GPG ein besseres Ergebnis und ich denke mir auch, dass die Ressourcen, die wir angeschafft haben und beschlossen haben, insgesamt sowohl für die Parkraumpolitik, aber auch für die Verkehrspolitik sehr gut nutzbar sind und durchaus auch in Ankoppelung mit der Stadtbaudirektion, die in all diesen Dingen selbstverständlich die Federführung hat, auch letztlich zu einer Verbesserung der Politik führt (*Applaus ÖVP*).

GR. Dipl.-Ing. Dr. **Getzinger**: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich finde es ja persönlich ab und zu ganz charmant, wenn der Wirtschaftsstadtrat in der Verkehrspolitik dillettiert,...

Zwischenruf GRin. Mag. Fluch: Das ist doch eine Frechheit.

Dr. Getzinger: ...wenn es der Verkehrsstadtrat auch macht, wird es problematisch (*Applaus SPÖ*). Zu behaupten, es hätte keine internen Kritiken gegeben an der GPG im Lenkungsausschuss, im Aufsichtsrat, Herr Stadtrat, Sie selber sind ja Vorsitzender des Lenkungsausschusses und Sie haben sehr wohl mitbekommen, dass bereits in der ersten Sitzung Kritik am ursprünglichen Auftrag und an der Erfüllung des ursprünglichen Auftrages der GPG geübt wurde. Nicht nur von mir, sondern auch vom Vertreter der KPÖ, nämlich den Preis für Parkflächen in der inneren Stadt zu reduzieren, das ist erstens schlicht eine Überforderung und zweitens auch nicht realisierbar gewesen, wie man es jetzt erkennt. Der Kernauftrag für diese Gesellschaft konnte nicht erfüllt werden und wird auch nicht erfüllt. Und dann, meine Damen und Herren, muss es gerechtfertigt sein und ist es gerechtfertigt, eine Gesellschaft in Frage zu stellen, selbstverständlich. Der gesamte Magistrat wird einer Aufgabenkritik unterzogen, bis zu 30 % und mehr müssen die Magistratsabteilungen einsparen in ihrem Bereich, es kann wohl nicht das Konzept der ÖVP sein, die Gesellschaften im Eigentum der Stadt Graz dieser Aufgabenkritik zu entziehen, selbstverständlich müssen diese Gesellschaften ebenso der Aufgabenkritik unterzogen werden bis hin, dass man diese Gesellschaften insgesamt in Frage stellt, weil sie eben ihr Ziel, ihren Auftrag, ihren Zweck nicht optimal erfüllen. Ich habe schon betont, der eigentliche Zweck der GPG ist es, die Preise für Parkflächen im Innenstadtbereich und kann auch nicht erfüllt werden, mir scheint die Gründung der GPG insgesamt ein höchst fragwürdiges Unternehmen gewesen zu sein. Ich bin der Ansicht, dass diejenigen Aufgaben, die man allmählich der GPG, dann erkennend, dass der eigentliche Zweck nicht erfüllt werden kann, zugewiesen hat, nämlich Park-and-Ride-Flächen zu entwickeln und insbesondere das Handyparken, da steht wohl nichts im Gesellschaftsvertrag, was nicht auch von der Stadtbaudirektion ordnungsgemäß, zweckmäßig und wirtschaftlich erfüllt werden kann. Meine Damen und Herren, Parkplätze im innerstädtischen Bereich sind rar, sind ein rares Gut und das sagt schlicht und einfach die Betriebswirtschaftslehre, dass knappe Güter nun mal teuer sind. Wir haben versucht, durch Subventionen dieses Gut billiger zu machen, 16 Millionen sind hier in die Betreiber, in die privaten

Betreiber von Parkgaragen subventioniert worden, für kurze Zeit ist es billiger geworden, der Effekt war letztendlich gleich null. Und wie gesagt, auch die GPG ist mit diesem Auftrag überfordert, weil es eigentlich nur zwei Möglichkeiten gibt, ein rares Gut billiger zu machen: Entweder man erwirbt das Monopol über dieses Gut, das ist unfinanzierbar, das wissen, glaube ich, alle hier in diesem Raum und zweitens neue Tiefgaragen zu bauen in einem Ausmaß, dass es die Nachfrage deutlich übersteigt, das wäre der zweite Weg, wie man dieses knappe Gut deutlich verbilligen könnte. Auch das ist nicht finanzierbar. Herr Stadtrat, wenn Sie sagen, wir haben das Angebot ausgeweitet, so ist das richtig, der Preis ist dadurch allerdings nicht gesenkt worden. Er ist da und dort politisch gesenkt worden, was wiederum nichts anderes als Subventionen oder versteckte Subventionen bedeutet, wir haben es gerade kürzlich den Zeitungen entnehmen können, dass die APCOA jedenfalls nicht daran denkt, ihre Tiefgaragenpreise zu reduzieren, im Gegenteil, die Nachfrage scheint noch deutlich das Angebot zu übersteigen und da spricht die Marktwirtschaft eine deutliche Sprache, dann steigen die Preise ganz einfach, wenn Angebot und Nachfrage sich in diesem Ungleichgewicht befinden. Meine Damen und Herren, auch hier müssen wir erkennen, wie an manchen anderen Stellen, hier hat sich die Politik ein Ziel gesetzt, dass mit diesen Finanzressourcen, die uns zur Verfügung stehen, schlicht und einfach nicht erreichbar ist. Wir werden damit leben müssen, dass knappe Güter teuer sind (*Applaus SPÖ*).

GR. **Schmalhardt:** Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren! Ich und unsere Fraktion wollen uns nicht beteiligen an Diskussionen zwischen den zwei Regierungspartnern. Uns geht es um die Sache und wir machen auch keinen Zick-Zack-Kurs und wir haben bei diesen Dingen, Privatisierung, und das war eine Privatisierung von Kernaufgaben der Stadt Graz, eine eigene Linie gefahren und bei der können wir bleiben. Wir glauben noch nicht ganz, dass bei der SPÖ ein Umdenken in dieser wichtigen Frage für uns eintritt oder eingetreten ist, aber man soll die Hoffnung nicht aufgeben. Ich habe am 13. November des Vorjahres eine Anfrage an den Herrn Bürgermeister gestellt, ob er bereit wäre, kurz gesagt, die Auflösung der aus unserer Sicht unnötigen GPG zu überprüfen beziehungsweise zu veranlassen. Ich habe bis heute keine Antwort bekommen. Bezeichnend, und ich

finde das eigentlich als Missachtung des Gemeinderates, wenn eine einfache Anfrage, die mit ja oder nein zu beantworten ist, so lange braucht, bis sie dem Gemeinderat zur Verfügung gestellt wird.

Bgm. Mag. **Nagl**: Nein.

GR. **Schmalhardt**: Danke für die Antwort.

Zwischenruf GRin. Mag. Uray-Frick: Siehst du, wie schnell das geht.

GR. **Schmalhardt**: Dadurch ist die Frage, die uns alle in diesem Monat bewegt hat, wie wird die Antwort des Bürgermeisters ausschauen, jetzt die Diskussion möglich, weil die SPÖ mit uns diesen Antrag eingebracht hat. Auf die Kerngeschäfte ist der Herr Stadtrat Rüschi dieser Gesellschaft schon eingegangen und wir sind der Meinung, dass das durchaus Kerngeschäfte und Kernaufgaben der Magistratsabteilungen sind und wir dazu keine Gesellschaft brauchen. Vor der Gründung der GPG wurden diese Aufgaben von den Magistratsabteilungen bestens erfüllt und, wie ich bei meinen Recherchen vor meinem Antrag im November feststellen konnte, auch nachher, es hat sich eigentlich für die Magistratsabteilung nichts geändert, es ist nur eine GPG, die mit 400.000,- Euro Grundkapital ausgestattet wurde, vorgeschaltet und diese GPG hat in diesen zwei Jahren schöne Farbdrucke produziert zu Präsentationen, Pressekonferenzen veranstaltet und beleidigte Briefe an die Stadtsenatsmitglieder und Klubobmänner geschrieben. Das Ganze, was bei dieser Gesellschaft herausgekommen ist, nach meiner Auffassung. Ich möchte jetzt aus den seinerzeitigen Gemeinderatsbeschlüssen der Ordnung halber einige Aussagen der dort mitentscheidenden Herren zitieren. Karl-Heinz

Herper hat voller Stolz im Dezember 2001 geagt, ich zitiere: Nachdem ich selber mehrmals in dringlichen Anträgen mit Zustimmung von euch hier im hohen Haus gedrängt habe, dass diese Gesellschaft zustande kommt...

Zwischenruf GRin. Mag. Uray-Frick: *Bringt sein eigenes Kind um.*

GR. **Schmalhardt:** Ja aber, Karl-Heinz Herper war auch beim Stadtwerke-Antrag lernfähig, und wir sind sehr stolz drauf. Stadtrat Christian Buchmann ist auch zu zitieren. Er schreibt hier, er sagte damals: „Jetzt ist es endlich soweit, dass wir auch einen operativen Muskel zustande bringen. Ich kann euch aber nur sagen, der Muskel war sehr schwach, also die GPG war mit einem schwachen Muskel ausgestattet.“ Jetzt zur Frage, wie könnte es weitergehen? Auflösung einer unnötigen Gesellschaft ist sicher ein rechtliches Problem, aber wenn die Gesellschaft ihre Gesellschaftsziele nicht erreicht, ist es durchaus möglich, diese Gesellschaft aufzulösen. Auch den Geschäftsführervertrag kann man auflösen aus wichtigen Gründen, wie im Dienstvertrag des Geschäftsführers steht und für mich ist ein wichtiger Grund, wenn das Ziel der Gesellschaft nicht erreicht wurde und auch in absehbarer Zeit nicht erreicht werden wird. Ich bedanke mich (*Applaus KPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl:** Danke, Herr Gemeinderat. Meine geschätzten Damen und Herren des Gemeinderates und liebe Kollegen aus der Stadtregierung! Das Thema Parken hat mich auch als Beteiligungsreferent, wie Sie wissen, in den letzten fünf Jahren ordentlich beschäftigt und ich bin immer davon ausgegangen, dass wir das Problem in der Grazer Innenstadt sowohl für die Bewohner als auch für die Wirtschaftstreibenden als auch für die Pendler lösen wollen. Ich selbst habe versucht, die seit den 70er-Jahren bestehenden Regelungen durch vielfache Anträge durchaus mit viel Geld zu verändern, diese Monopolsituation zu verändern. Es war und ist nicht möglich und ich habe das auch einbekannt. Wir haben uns aber auch

darauf geeinigt, dass wir ein Instrumentarium, wenn ich so sagen darf, ein Werkzeug schaffen, das auch außerhalb unserer Finanzgebarung der Stadt Graz, wo wir keinen großen Spielraum, eigentlich keinen Spielraum, haben, uns noch Dinge in Zukunft ermöglicht, die wir dringend brauchen, weil die Feinstaubdiskussion ist nur im Moment weg, wir werden sie in wenigen Monaten wieder haben. Und darüber hinaus möchte ich das jetzt auch deutlich sagen, hat der Herr Direktor Janesic und seine Mannschaft bei der GPG Produkte entwickelt und es kommt mir so ein bisschen vor wie die Geschichte mit der Frau Karen Stone, die hat begonnen in Graz, um das Opernhaus wieder zu füllen, sie ist leider zu einem Zeitpunkt gegangen, wo wir noch nicht einmal 50 % Auslastung im Opernhaus hatten. Jetzt funktionieren ihre Spielpläne und mir tut es Leid, dass sie selbst nicht miterleben darf, weil sie einfach uns zu früh verlassen hat, sie würde mit uns Erfolge feiern.

Zwischenruf GRin. Mag. Uray-Frick: Aber mit ihr ist man auch nicht sehr gut umgegangen.

Bgm. Mag. **Nagl**: Und ähnlich ist es jetzt auch hier, und, Herr Gemeinderat Getzinger, ich glaube, Sie sind ja auch Bildungssprecher Ihrer Fraktion, Sie haben da vorhin was gesagt, das ich einfach richtig stellen muss, weil ich habe gemeinsam mit dem Kollegen Josel, der für die Planungsbereiche zuständig war, vehement dafür gekämpft, dass wir zu zusätzlichen Garagenplätzen kommen, weil wir gewusst haben, dass wir die Preise nur dann brechen können, wenn wir das Angebot so erhöhen, dass auch APCOA oder andere Anbieter ihre Preise senken müssen. Und rein rechnerisch hatten wir vor drei Jahren in der Innenstadt 2.048 Stellplätze, davon hatten wir im Hochpreissegment 1.684, das entspricht einem Prozentsatz von 82 %. Wenn im Juni diese Preisbrechergarage, und sie ist eine, wenn sie zwei Euro kostet und herunter vier Euro kostet, jetzt insgesamt Garagenplätze von 3.536 da sein werden, dann ist das nicht nur eine Vermehrung der Stellplätze in Garagen um 73 % in diesem Zeitraum, sondern es gibt, wenn Sie die Hochpreiszahlen wieder dazulegen von 1.684 Stellplätzen nur mehr einen Anteil von 47 % und nicht mehr von

82 %, das heißt, es wird einen Schub in dieser Stadt geben, den wir dringend brauchen, weil ich Sie auch bitte, an die Wirtschaft, an die Unternehmer und an die Arbeitsplätze in dieser Innenstadt zu denken (*Applaus ÖVP*). Die haben sich zu wehren, gegen die Einkaufszentren und es gibt nichts Schlimmeres als die zugeklebten Scheiben. Und Sie wissen auch, dass es einige Organe gibt, die diese Stadt nach außen hin vertreten. Ich bin ein Organ auch als Bürgermeister, unsere Geschäftsführer und der Herr Direktor Janesic, der ja auch da ist, vertritt ja auch eine Gesellschaft nach außen, wo es darum geht, dass wir gute Figur machen und nicht, dass wir unser Gesicht verlieren. Und das höchste Gremium, das wir in dieser Stadt, und mir tut es als Bürgermeister schon weh, das höchste Gremium, das wir in der Stadt haben ist dieser Gemeinderat hier. Wenn dieser Gemeinderat gleich wie bei dem Antrag um die Stadtwerke wieder symbolisiert, wir wissen eigentlich nicht, wo wir hin wollen und wenn wir dieses Werkzeug, das einzige, das wir im Übrigen haben, wir haben in den letzten Jahrzehnten, was ruhenden Verkehr anbelangt, nicht viel zusammengebracht und jetzt haben wir endlich ein Werkzeug, mit dem man arbeiten könnte und jetzt, erlauben Sie mir den Vergleich, und das Werkzeug wollen wir jetzt weglegen und wieder mit den Händen weiterwursteln und das möchte ich nicht und mir tut es wirklich weh, dass wir nach der Geschichte mit den Stadtwerken auch heute aller Voraussicht nach wieder nach außen signalisieren, nach vor und nach hinten und zurück, und das gibt ein unheimlich schlechtes Bild für die Kulturhauptstadt, für die Wissensstadt Graz und deswegen tut mir die heutige Entscheidung wirklich weh (*Applaus ÖVP*).

GR. **Herper:** Also, so einfach kann man sich das ja wirklich nicht machen. Tun wir gegenseitig ein bisschen zuhören auch noch, bevor man immer nur dazwischenruft.

Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Wir hören schon.

GR. **Herper:** Also vorbemerkend möchte ich festhalten, die Äußerungen, die ich mit meinem Dringlichen und die ich auch jetzt noch tätige, richten sich nicht gegen die Person des Geschäftsführers der GBG, ganz im Gegenteil, der Betreffende, ich habe ihn noch vorgestern selbst getroffen, angesichts der vorgefundenen Rahmenbedingungen ist es ihm nicht gerade leicht gemacht worden, aber er hat durchaus ein professionelles Bemühen an den Tag gelegt.

Zwischenruf GRin. Mag. Fluch: Das nutzt jetzt auch nichts mehr.

GR. **Herper:** Ich sage das nur, es geht um die Rahmenbedingungen, die sich geändert haben, nämlich sowohl von der finanziellen Situation, die sich in den letzten zweieinhalb Jahren dramatisch verändert haben, über die der Finanzstadtrat fast in jeder Gemeinderatssitzung berichtet und kundtut und die wir alle genauestens kennen, wo wir stehen. Ich möchte nur darauf hinweisen, und da bin ich dir zu Dank verpflichtet, Gerhard Rüschi, du hast eigentlich deinen Kollegen Christian Buchmann korrigiert, der schon die Apokalypse des Stillstandes in den Raum gestellt hat, unser gemeinsamer Antrag bedeutet den Stillstand. Du hast darauf hingewiesen, dass die K & Ö-Tiefgarage, die Kunsthaustiefgarage gebaut wurden und der Markt hat natürlich zugeschlagen, ist gar keine Frage, die wurden aber ohne GPG errichtet. Man muss sich das auch fragen, gibt es dann unter anderem einen Geschäftsgrund noch weiterhin (*Applaus SPÖ*)? Lieber Gerhard Rüschi, der prioritäre Geschäftsgrund war und ist, und ich habe das Stück, das wir beschlossen haben, der dreht sich über 20 Seiten nur in Konsequenz, dass Schluss sein muss mit der Tarifstützung für die Garagenbetreiber, nur darum, erstens hat sich die Rechtsform und Finanzierung als nicht gültig erwiesen, die Gesellschaftsform ist eine andere, die potentiellen Gesellschafter sind nicht gefunden worden, die Finanzierung, wie vom damaligen Beteiligungs- und Finanzreferenten Nagl angekündigt, vorgestellt und im Stück dargestellt, hat sich nicht eingestellt. Wo sind die 800 Millionen Schilling? Wo sind der jährliche Zufluss von 30 Millionen Schilling? Existiert nicht, summa summarum 374 Millionen Barwert. Und so geht es dahin und die Unternehmensgegenstände

haben sich sozusagen im Laufe der letzten zwei Jahre komplett geändert. Die einen sind weggeschwommen, weil die K & Ö-Garage und natürlicherweise Kunsthausgarage errichtet wurden, also ist der Unternehmensgegenstand weggeflogen, der prioritär gewesen ist. Aus der Zeitung entnehme ich, dass ein Stadtregierungsmitglied und Verkehrsreferent Rüschi erklärt, das ist nimmer wichtig, das brauchen wir nicht, wir machen jetzt was anders, aber ich habe bitte deswegen diesen Antrag gestellt, damit er hier behandelt wird und nicht via Medienaussage und Medienerklärung und deswegen finde ich es auch gut, dass wir den Prüfantrag gestellt haben, lieber Gerhard Rüschi, genau genommen hast du das schon richtig verstanden im Punkt 1b), denn es geht bei dir ganz konkret um die Frage, du sagst die Abteilungen habe ich nach wie vor, du bist der Zuständige und du hast den Baudirektor Werle, einen sehr ambitionierten Mann, dann hätte ich aber gerne gewusst im Sinne der Aufgabenkritik, sind die Abteilungen, haben die die Möglichkeit, die in deinem Verantwortungsbereich sind, sind die in der Lage, dasselbe zu leisten, besser, koordinierter, effizienter als und das hätte ich gerne gewusst im Sinne der Aufgabenkritik, das ist konkrete Aufgabenkritik und damit hast du die Fragestellung 1b) schon richtig verstanden.

Bürgermeisterstellvertreter Ferk übernimmt um 17.50 Uhr den Vorsitz.

GR. **Herper:** Es trifft natürlich deinen Verantwortungsbereich und dann hätten wir gerne gewusst, können die das nicht genau so, besser und gleich und diesen Vergleich hätten wir gerne am Tisch. Und in dem Sinne sage ich, lieber Bürgermeister, du hast damals vor allem darauf hingewiesen, wie wichtig die Tarifstabilität ist und die Tarifhoheit. Wo ist der Bürgermeister? Schon wieder gegangen. Na gut, ich zitiere ihn noch einmal, er hat gemeint: Ich habe bereits die Investoren an der Hand, Banken und Versicherungen, die Bereitschaft signalisiert haben, sich verstärkt einzusetzen und zu investieren.

Zwischenruf GRin. Edlinger: Aber die Ankündigung haben wir oft gehört.

GR. Herper: Nachdem diese Grundlage komplett entzogen worden ist, ist es doch nur vernünftig liebe Unternehmerpartei ÖVP, dass man in einem wirtschaftlichen, zweckmäßigen und nützlichen Sinne überprüft, brauchen wir die Gesellschaft noch, was brauchen wir dazu und können nicht jene Magistratsabteilungen, die Gerhard Rüschi in Verantwortung hat, die gleiche Arbeit erledigen, wie diese Gesellschaft, und das ist durchaus berechtigt. Dankeschön (*Applaus SPÖ*).

Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.

Zwischenrufe unverständlich.

Bgm.-Stv. **Ferk:** Also wir stimmen noch einmal ab und zählen (*Bürgermeisterstellvertreter Ferk läutet mit der Ordnungsglocke*). Wir werden aber gleich unterbrechen, Herr Kollege, und dann dauert es ein bisschen länger und dann werden wir mit den Klubvorsitzenden rausgehen, wollen Sie das haben? Bin einverstanden, wir können gerne noch einmal zählen, wir haben es gemacht, also wer mit dem Antrag einverstanden ist. Ist mit Mehrheit angenommen, mit 23 Stimmen, deutliche Mehrheit. Ist das so in Ordnung? Passt das auch der Frau Gemeinderätin Gesek? Dann ist es in Ordnung.

Zwischenruf GRin. Gesek unverständlich.

Bgm.-Stv. **Ferk**: Ich habe die Zwischentöne schon gehört, weil so gut höre ich, Frau Kollegin. Also jetzt bin ich nicht bereit, noch einmal abzustimmen, wir haben durchgezählt.

Zwischenrufe unverständlich.

Zwischenruf GRin. Gesek unverständlich.

Bgm.-Stv. **Ferk**: Frau Gemeinderätin, ich lasse mir das nicht bieten, diese Zwischentöne, das ist ungehörig diese Form. Ich kann nur zweimal hintereinander abstimmen, zweimal wurde mir mitgeteilt, nachdem gezählt worden ist, dass es mit Mehrheit angenommen worden ist. Das war die Mehrheit, meine Damen und Herren.

StR. Mag. Dr. **Buchmann** zur Geschäftsordnung: Ich bitte den Vorsitzenden, wirklich ordentlich durchzählen zu lassen. Die Wortmeldung war klar, das ist die Mehrheit bei der Probe zur Gegenabstimmung, wenn er dort sagt, das ist die Mehrheit, dann ist das klar, dass es bei der Gegenabstimmung die Mehrheit war. Ich halte fest, dass diese Worte hier so gefallen sind und vom Vorsitzenden anders interpretiert wurden (Applaus ÖVP).

Bgm.-Stv. **Ferk**: Nein, das muss ich jetzt klarstellen. Es wurde zum Ausdruck gebracht, nachdem gezählt worden ist, dass die Mehrheit diesen Antrag angenommen hat, nichts anderes ist gesagt worden. Das, was Sie jetzt unterstellen, ist eigentlich ein Suchen in der Suppe, das ist so nicht gewesen. Das war die Mehrheit, meine Damen und Herren, es hilft ja nichts, es sind ja nicht die Leute jetzt

aus dem Saal gegangen, wir haben zwei Mal durchgezählt und die Mehrheit hat diesen Antrag angenommen. Damit kommen wir zum nächsten Antrag.

3) Vergabe von Dienstleistungen im Sozial- und Gesundheitsbereich

GRin. **Rücker** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Rücker**: Ich bringe jetzt den dringlichen Antrag im Namen der Grünen ein und will mich vorab schon bedanken, weil es gibt offensichtlich eine Mehrheit. *(Bürgermeisterstellvertreter Ferk läutet mit der Ordnungsglocke)*. Mein Antrag betrifft ein anderes Thema, und zwar betrifft er die Vergabe von Dienstleistungen im Sozial- und Gesundheitsbereich. Ich werde jetzt den Motivenbericht kurz halten, glaube ich, weil ihr habt ihn gelesen, ich hoffe, ihr habt ihn gelesen, aber ich nehme es an und werde auf das hinkommen, was mir wichtig ist. Das Bundesvergabegesetz gilt seit Mitte letzten Jahres, hat auch einen Bereich der nicht prioritäre Dienstleistungen betrifft, es ist eine Aufzählung von sehr vielen Dienstleistungen, da ist die Schifffahrt drinnen etc. aber auch soziale Dienstleistungen oder Leistungen im Kulturbereich zum Beispiel. Es gibt inzwischen Einrichtungen, die mehrere Erfahrungen sammeln konnten, negativer Art teilweise, gerade in Bezug auf die Ausschreibung von sozialen Dienstleistungen oder zum Beispiel von Kursmaßnahmen und Qualifizierungsmaßnahmen im Bereich des AMS und da gibt es einige Beispiele, die vor allem sich um das Preisdumping drehen, um die Verschlechterung von Standards, um das Ineinander-in-Wettbewerb-bringen von Einrichtungen, die nicht in einem klassischen Sinn auf einem Markt konkurrieren können, ein Auspielen von großen gegen kleine Einrichtungen etc. Man sieht aus diesen Beispielen, dass die Übergabe sozialer Dienstleistungen in einem freien Markt die soziale Versorgung nachhaltig und an vielen Bereichen gefährdet. Neben dem, dass wir ja insgesamt auch Sparpakete zu bewältigen haben. Eine Reparatur einmal kaputter Strukturen im Nachhinein kommt aber leider wesentlich teurer als eine abgesicherte gute Grundversorgung mit entsprechender Qualität und Qualitätskontrolle und eben auch in der Stadt wird dieses Thema greifbar. In der letzten Zeit hatten wir schon einige

wenige Vergaben, es wird in Zukunft mehr geben, wenn man dem Bundesvergabegesetz folgt, dem kommen wir momentan auch nicht aus und so wollen wir, um bei der so sensiblen Vergabe von Dienstleistungen im Sozial- und Gesundheitswesen alle rechtlichen Möglichkeiten erkennen und zugunsten der kommunalen Versorgung nützen können, und deswegen besteht aus unserer Sicht dringender Handlungsbedarf und hat sich die Stadt Graz mit den offenen Fragen und rechtlichen Spielräumen der neuen Vergabepaxis intensiv auseinanderzusetzen beziehungsweise die bereits geübte Praxis zu hinterfragen, bevor unwiederbringliche Verluste entstehen.

Und ich stelle deshalb namens der Grünen – ALG folgenden

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

Der Gemeinderat der Stadt Graz möge beschließen:

Die zuständigen Stellen des Magistrates Graz werden beauftragt, den rechtlichen Spielraum des Bundesvergabegesetzes 2002 für die Stadt Graz, besonders im Hinblick auf die Vergabe nicht prioritärer Dienstleistungen, wie im Anhang 4 definiert, im Gesundheits- und Sozialwesen anhand folgender Fragestellungen zu prüfen und das Erlebnis den betroffenen Ausschüssen zur Diskussion vorzulegen:

1. Wie und nach welchen Kriterien kann in Bezug auf § 27 Abs. 1 Z 3 Bundesvergabegesetz entschieden werden, welche Leistungen direkt vergeben werden und welche nicht?

Diese Aufregung im Saal ist verständlich, aber sehr anstrengend (*Bürgermeisterstellvertreter Ferk läutet mit der Ordnungsglocke*).

2. Welche Möglichkeiten hat die Stadt Graz insbesondere im Rahmen des § 21 Abs. 7 Bundesvergabegesetz, Mindeststandards für die Ausschreibung sozialer Dienstleistungen zu definieren beziehungsweise die Kriterien Qualität und Preis in einem sinnvollem Verhältnis zueinander zu gewichten?
3. Nach welchen vergaberechtlichen Kriterien werden Dienstleistungen behandelt, die bisher von unterschiedlichen Körperschaften kofinanziert wurden oder werden?

4. Können auch Leistungen ausgeschrieben werden, auf die ein Rechtsanspruch besteht?

Ich möchte dazu sagen, zu dieser Rechtsanspruchfrage, da gibt es momentan eine Fachdebatte, die noch nicht geklärt ist, aber die sollte man sich genauer anschauen, weil das auch heikel wird. Ich ersuche um Annahme und freue mich auch schon, dass wir eine breite Zustimmung erhalten, was heute ein seltener Moment großer Eintracht ist. Danke.

GRin. **Kahr** zur Dringlichkeit: Die Sorge von Gemeinderätin Lisa Rücker bezüglich der Zukunft der mobilen Dienste in Graz im Zusammenhang mit dem Bundesvergabegesetz und der möglichen Ausschreibung dazu hat auch uns heute bewogen, eine Anfrage an den Bürgermeister zu stellen in derselben Sache, deshalb ist es für uns selbstverständlich, dass wir der Dringlichkeit und dem Antrag Folge leisten.

GR. Dr. **Hammer**: Die Befassung mit diesem Thema dieses Antrag ist dringlich, da, wie in den Motivenberichten angeführt, die bisherige Vergabepaxis nur teilweise transparent ist. Ja, wir würden diesen Punkt des Motivenberichtes sogar schärfer formulieren. Nicht jeder hat, so wie zum Beispiel von uns Stadtrat Buchmann, schon Konzepte zur Evaluierung vorgelegt und ich denke da speziell an das Jugend- und Sozialressort, Evaluierung ist nämlich die Voraussetzung für Qualitätskontrolle und Erstellung von Qualitätskriterien. Abgesehen davon haben wir für einzelne Argumente im Motivenbericht eine andere Sichtweise, aber wir stimmen der Dringlichkeit zu (*Applaus ÖVP*).

GR. **Simbürger** (*Begibt sich nicht zum Rednerpult*): Wir stimmen auch der Dringlichkeit zu und auch dem Inhalt.

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

4) Zeichen der Ernsthaftigkeit der Spargesinnung

GRin. Mag. **Uray-Frick** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

Mag. **Uray-Frick**: Ja, lieber Karl-Heinz, ich bin ja froh, dass ich schon so ein alter Hase, nicht nur dem Alter nach, sondern auch hier im Hause bin, denn sonst ging es mir wie dem Kollegen Schönegger, der heute schon enttäuscht war, mich enttäuscht nichts mehr, hier herinnen zumindest. Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Im November 2003 hat der freiheitliche Gemeinderatsklub in einem dringlichen Antrag den Vorschlag einer Reduzierung der Anzahl von Stadt- und Gemeinderäten gebracht. Dieser Antrag wurde mit Mehrheit abgelehnt. Verwunderlich für uns war vor allem, dass Stadtrat Kaltenegger mit seiner KPÖ-Fraktion diesen Antrag abgelehnt hat.

In der Zwischenzeit wurde aber die Idee der Verringerung der Stadtregierung als auch des Gemeinderates sowohl von Vertretern der SPÖ Fraktion, nämlich Stadtrat Dr. Riedler, als auch vom Bürgermeister öffentlich als verfolgenswert dargestellt.

Auch wenn beim letzten Mal der Bürgermeister meinen Antrag so beantwortet hat, dass er auf das Arbeitsübereinkommen in dieser Gemeinderatsperiode zwischen SPÖ und ÖVP verwiesen hat, so wissen wir, dass, wenn die Stadt vom Landesgesetzgeber etwas will, man das auch dort deponieren muss. Und dass Gesetzeswünsche oder Vorschläge der Stadt beim Steiermärkischen Landtag nicht unbedingt mit besonderer Geschwindigkeit behandelt werden und bis zur Verwirklichung sehr lange brauchen, das wissen wir alle.

Und gerade im Zuge der Aufgabenkritik, wir haben vor nicht allzu langer Zeit die Plattform gehabt Politik und Verwaltung, gerade im Rahmen dieser Aufgabenkritik wird von den Ämtern fast Unleistbares verlangt und natürlich erwartet die Verwaltung auch, dass die Politik Zeichen setzt aber auch die BürgerInnen verlangen das von uns.

Aus diesem Grunde sollte es doch möglich sein, gemeinsam dieses Zeichen zu setzen, deshalb habe ich auch den Antrag so formuliert, dass keine Polemik oder sonst irgendwas dabei ist, weil ich mir gedacht habe, wenn wir auch gegenüber der Verwaltung und den BürgerInnen ein Zeichen setzen wollen, so könnten wir dieses Zeichen gemeinsam setzen. Es ist einfach zu zeigen, dass es der Politik mit dem Spargedanken ernst ist und sie bei sich selbst auch den Sparstift anzusetzen bereit ist. Ob es nun 7 StadträtInnen und 48 GemeinderätInnen oder aber nur 5 StadträtInnen und 31 GemeinderätInnen sein sollen, das wäre sinnvollerweise im Verfassungsausschuss, der einerseits den Vergleich mit anderen österreichischen Landeshauptstädten, aber auch das Verhältnis zu den anderen steirischen Gemeinden heranziehen sollte, vorzubereiten.

Um keine Zeit zu verlieren, das ist der Grund für die Dringlichkeit, und für die nächste Gemeinderatswahl gerüstet zu sein, wer weiß, wie weit oder kurz entfernt sie ist, ist spekulativ, das ist schon richtig, aber auch um diesen Sparwillen nach außen hin zu dokumentieren, stelle ich daher namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs den

d r i n g l i c h e n A n t r a g

Der Gemeinderat wolle beschließen, dass der Verfassungsausschuss möglichst rasch, es gibt auf Wunsch der Grünen Fraktion, die mitgehen wird, eine Änderung, ich werde jetzt die Änderung vorlesen, und zwar heißt jetzt der erste Passus des dringlichen Antrages, der Gemeinderat wolle beschließen, dass der Verfassungsausschuss möglichst rasch einen Gesetzesentwurf vorbereitet, der eine demokratiepolitisch vertretbare Reduzierung der Mitglieder des Stadtsenates und des Gemeinderates zum Inhalt hat und dieser Entwurf wird dem Gemeinderat möglichst noch vor der Sommerpause als Petition an den Landesgesetzgeber vorgelegt.

GRin. **Kahr:** Sehr geehrte Damen und Herren! Ich denke, dass fast jeder hier im Haus wissen wird, dass die KPÖ schon seit vielen, vielen Jahren die Reduzierung der Anzahl der Stadtsenatsmitglieder von neun auf sieben fordert. Es ist auch schön, dass die FPÖ das jetzt in dieser Gemeinderatsperiode auch entdeckt hat, dass das Sinn macht, weil 1998, wie wir selbst einen Stadtsenatsperiode gehabt haben, und das auch eingefordert haben, war eigentlich die FPÖ diejenige Partei, die das am vehementesten bekämpft hat. Es kann auch von neun auf sechs, uns ist es immer darum gegangen eine Reduzierung der Stadtsenatsmitglieder, um gerade den Sparwillen zu zeigen, weil, wie du richtig festgestellt hast, in der Bevölkerung das absolut nicht eingesehen wird, dass überall gespart werden soll und in der Politik nicht. Und wir haben das immer als ein sinnvolles Signal gegenüber der Bevölkerung gesehen. Und daran halten wir natürlich auch selbstverständlich jetzt fest und werden der Dringlichkeit und dem Inhalt zustimmen. Wir haben damals bereits zugestimmt, einfach weil wir das im ersten Moment wirklich als Scherz empfunden haben, dass das von eurer Fraktion gekommen ist. Ich möchte aber auch noch einen anderen Gedanken noch zu Sprache bringen. Die KPÖ ist nicht nur, was diese Forderung betrifft, schon seit vielen Jahren an vorderster Front, sondern wir sind es auch bei der Besetzung unserer politischen Büros. Ich möchte Ihnen einfach zum Nachdenken geben, vielleicht auch hier den Spargedanken sich zu überlegen, meine beiden Stadträte sind jene Büros, die mit dem wenigsten Personal auskommen. Danke.

GR. **Herper:** Herr Vizebürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen! Alter Hase zu altem Hasen. Also ich sage einmal ganz was Sachliches, Gesetzesentwürfe machen wir nicht...

Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Zur Abwechslung.

GR. **Herper**: ...weil wir sind nicht im berühmten hohen Haus, was wir machen können, sind Statutenänderungen etc., das können wir auch durchaus im Verfassungsausschuss beraten, aber Gesetzesentwürfe machen wir nicht. Aber ganz grundsätzlich...

Zwischenruf GR. Mag. Uray-Frick unverständlich.

GR. **Herper**: Ja, es ist ein überarbeiteter Dringlicher, ergänzt auch. Wir haben am 11. Februar, wie gesagt, diesen sagenhaften, berühmten und wegweisenden Beschluss zur Aufgabenkritik beschlossen. Da gibt es einen wichtigen Punkt drinnen, es gibt keine Tabus. Und da es keine Tabus gibt, ist natürlich alles zu diskutieren, darunter auch selbiges, gar keine Frage. Aber der Bürgermeister und der Magistratsdirektor, die Spitzen, sind im Rahmen dieser Aufgabenkritik ja ersucht, beauftragt, und wir hatten ja erst vor wenigen Tagen diese berühmte Dialogplattform, die erste Veranstaltung entsprechende Vorschläge, tabulose, diesbezüglich auf den Tisch zu bringen. Ein solcher Dringlicher würde wieder ein Zuvorkommen sein, bevor Vorschläge noch am Tisch sind, überhaupt angesehen werden können und politisch bewertet werden können, gibt es schon bereits einen Dringlichen mit einer Festlegung. Da warten wir ab, so wie unser Fristenlauf ist, wie wir uns das gemeinsam vorgenommen haben, das ist der Beschluss des 11. Februar, an das halten wir uns hier in diesem Hause. Danke (*Applaus SPÖ*).

GR. Dr. **Piffl-Percevic**: Diesmal fällt es der VP-Fraktion wesentlich leichter, nach Karl-Heinz Herper auch in seine Richtung einzustimmen, denn es ist tatsächlich richtig, dass vergangene Woche unter Teilnahme der Verwaltungsexponenten des Magistrates, aber auch der Klubs und der gesamten Stadtregierung in diese genannte Dialogplattform Politikverwaltung, diesen berühmten Beschluss der Aufgabenkritik eingehend tabulos, wie wir gehört haben, zu erörtern. Das liegt vor

uns und es wird ernst genug werden, das haben auch die Besprechungen gezeigt. Und da wird auch die Ebene der Politik, der politiknahen Verwaltung selbstverständlich nicht ausgespart bleiben. Es wird aber mehr als ein Zeichen von dieser Ebene verlangt werden, es wird ein substanzieller Beitrag sein müssen und das muss gut überlegt und wohl überlegt stattfinden. Der Herr Bürgermeister, und das ist in diesem Motivenbericht auch erwähnt, hat mehrfach öffentlich diesen Beitrag angekündigt und eingemahnt. Da steht ebenfalls eine wichtige Aufgabe vor uns, aber ich glaube, es macht jetzt nicht Sinn, mit einem Schnellschuss noch vor dem Sommer diesen wohl zu überlegenden Schritt schnell hinauszuschießen. Aus diesem Grunde gegen die Dringlichkeit, leider, im wesentlichen Inhalt sind wir ganz nah beieinander, Frau Kollegin Uray-Frick, gegen die Dringlichkeit, aber auch gegen den Antrag (*Applaus ÖVP*).

GRin. **Rücker**: Wie die Kollegin angekündigt hat, gehen wir mit der Dringlichkeit und dem Inhalt mit und es hat einen ganz offenen, eigennützigen Anlass. Denn wir Grünen würden bei einer aufgabenkritischen Behandlung, wie sie momentan vorgesehen ist, nicht in der Diskussion eingebunden werden, wenn es darum geht, ob der Gemeinderat zum Beispiel reduziert wird oder der Stadtsenat saniert wird und deswegen halten wir diese Vorgangsweise als eine, die für uns sehr stark an den Gemeinderat angedockt ist, als Diskussion und die wünschen wir uns auch dort und wir hätten Probleme, wenn diese Diskussion ohne uns stattfindet. Deswegen werden wir dem Antrag und der Dringlichkeit zustimmen.

Mag. **Uray-Frick**: Ein kurzes Schlusswort. Es war nicht daran gedacht, jetzt einen Schnellschuss zu tätigen, aber ich glaube einfach, dass es doch auf Grund dieser Dialogplattform, die stattgefunden hat, wichtig wäre, dass die Politik ein Zeichen setzt. In diesem Sinne danke ich denen, die sich dem anschließen.

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.